

ELMAR KRAUTKRÄMER

## DER INNERDEUTSCHE KONFLIKT UM DIE MINISTERPRÄSIDENTENKONFERENZ IN MÜNCHEN 1947

Es war nicht erst das Ergebnis der Pariser Außenministerkonferenz vom Sommer 1946, das Briten und Amerikaner veranlaßte, ihre Zonen zusammenzulegen und damit den Anfang zur Überwindung der wirtschaftlichen Vierteilung Deutschlands zu machen. Schon Anfang 1946 wurde eine solche Möglichkeit angesichts des französischen Widerstandes gegen die Errichtung der in Potsdam beschlossenen Zentralverwaltungen sowie der eigenwilligen sowjetischen Besatzungspolitik erwogen. Clay und Robertson kündigten bereits vor der zweiten Session der Pariser Konferenz die künftige enge Zusammenarbeit ihrer beiden Zonen an<sup>1</sup>.

Doch gab es auch schon früh entsprechende Impulse von deutscher Seite. Der hessische Ministerpräsident Geiler schlug schon im Februar 1946 vor, auch in den anderen Zonen Länder- oder Zonenräte zu bilden, aus denen dann ein „Überzonenrat“ mit dem Sitz in Berlin hervorgehen sollte<sup>2</sup>, und nach Meinung der Ministerpräsidenten Bayerns, Württemberg-Badens und Groß-Hessens sollte der nächste Schritt in der britischen Zone getan werden<sup>3</sup>. Reinhold Maier regte dann an, „den süddeutschen Länderrat in die Länder der britischen Zone zu verlängern, also eine Art Bizone zu schaffen“<sup>4</sup>. Im Februar 1946 trafen sich Länderchefs der amerikanischen und britischen Zone in Bremen. Doch waren zu diesem Zeitpunkt die Briten noch nicht bereit, eine Kooperation zwischen den Länderregierungen beider Zonen zuzulassen. Die Bildung ihres Zonenbeirates, in dem im Gegensatz zum Länderrat der US-Zone neben den Länder- bzw. Provinzialverwaltungen auch die politischen Parteien sowie wirtschaftliche und soziale Sachgebiete vertreten sein sollten, stand kurz bevor<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Keesings Archiv der Gegenwart (künftig: AdG) 16/17 (1946/47), S. 797 (13. Juni). Die Pariser Außenministerkonferenz tagte in zwei Sessionen, 25. 4.–16. 5. und 15. 6.–12. 7. 1946. Clay hatte schon in einem Memorandum vom 26. Mai 1946 an das War Department den Zusammenschluß der amerikanischen Zone mit einer oder zwei anderen vorgeschlagen, vgl. Thilo Vogelsang, Die Bemühungen um eine deutsche Zentralverwaltung 1945/46, in dieser Zeitschrift 18 (1970), S. 500ff., bes. S. 518.

<sup>2</sup> Dieser Vorschlag war in einer Antwort Geilers auf eine Anfrage der amerikanischen Militärregierung enthalten, wie sich die Länderchefs der US-Zone die Beziehungen der künftigen Zentralverwaltungen zu den Ländern und dem Länderrat vorstellen würden. Nach den Vorstellungen Geilers sollte der „Überzonenrat“ gegenüber den Zentralverwaltungen weisungsbefugt sein, wobei es ihm um die Erhaltung der Souveränität der Länder und des Stuttgarter Länderrates ging. Hierzu Thilo Vogelsang, a. a. O., S. 522.

<sup>3</sup> Entschließung der Ministerpräsidenten der US-Zone im Länderrat am 6. Februar 1946 in Gegenwart der Oberpräsidenten Kopf und Lehr aus der britischen Zone; vgl. Thilo Vogelsang, a. a. O., S. 523.

<sup>4</sup> Reinhold Maier, Ein Grundstein wird gelegt, Die Jahre 1945–1947, Tübingen 1964, S. 216. Maier hat den Vorschlag auf der Sitzung des Länderrats vom 28. Februar und 1. März 1946 offiziell unterbreitet.

<sup>5</sup> Hierzu Annelies Dorendorf, Der Zonenbeirat der britisch besetzten Zone, Ein Rückblick auf seine Tätigkeit, Göttingen 1953; Zusammensetzungen des Zonenbeirats S. 141ff. Zu-

Die Bremer Begegnung war gleichwohl der Anfang einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Länderregierungen der britischen und amerikanischen Zone. Am 3. April tagten in Stuttgart Länderrat und Zonenbeirat gemeinsam, wobei es vordringlich darum ging, den Aufbau der Länder und Zentralstellen aufeinander abzustimmen<sup>6</sup>. Gleichzeitig blieb man auch um Kontakte zur sowjetischen Zone bemüht. Im Juni 1946 konnte in Berlin eine Konferenz der Wirtschaftsminister, wenig später der Landwirtschaftsminister der britischen, amerikanischen und sowjetischen Zone stattfinden.

Die amerikanische Besatzungspolitik stand solchen Bestrebungen nicht ablehnend gegenüber. Anfang Juni konnte der thüringische Ministerpräsident Paul an einer Sitzung des Länderrates der US-Zone teilnehmen, wobei er in Gegenwart von General Clay das Wort ergriff<sup>7</sup>, und bald darauf stattete der hessische Ministerpräsident Geiler, begleitet von amerikanischen Offizieren, der thüringischen Regierung in Weimar einen Besuch ab<sup>8</sup>. Es schien, als würden einer Zusammenarbeit ost- und westdeutscher Länderregierungen keine besatzungspolitischen Hindernisse entgegenstehen. Die Bildung der Bizone war zu jenem Zeitpunkt schon beschlossen, ohne daß den Besatzungsbehörden das als Schritt zu einer separaten Staatsgründung erschienen sein muß. Geiler und Paul mögen geglaubt haben, einem Anschluß der sowjetischen Zone den Weg ebnen zu können, was offenbar noch nicht aussichtslos erschien, denn sowohl von amerikanischer als auch sowjetischer Seite sollen damals die Voraussetzungen für eine Verschmelzung der drei Zonen geprüft worden sein<sup>9</sup>.

Auch das Ergebnis der Pariser Außenministerkonferenz stellte noch keinen Bruch der Kriegsallianz dar. Trotz aller Gegensätze in der Deutschlandfrage, die überdies kein zentrales Anliegen der Konferenz war, waren in vielen Punkten Übereinstimmungen erzielt worden. Von einem Zerwürfnis, das zu einem britisch-amerikanischen Alleingang führen mußte, konnte keine Rede sein. Auch die Sperrung der Sowjetzonengrenze war nicht die Folge west-östlicher Spannungen, sondern ging auf einen einstimmigen Kontrollratsbeschluß zurück. Daß die Amerikaner damals noch offen nach allen Seiten waren, zeigt Byrnes' Erklärung am letzten Tag der Pariser Außenministerkonferenz, daß die USA mit jeder anderen willigen Besatzungsmacht zusammenarbeiten würden, um die Vereinigung der Zonen in wirt-

sammensetzung und Geschäftsverteilung auch in: Walter Vogel, Westdeutschland 1945–1950, Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Koblenz 1956, T. I, S. 71 ff.

<sup>6</sup> Hierzu Vogelsang, a. a. O., S. 524 f. Über die zunehmenden Kontakte zwischen den Länderspitzen der britischen und amerikanischen Zone vgl. auch John Gimbel, Die Konferenzen der deutschen Ministerpräsidenten 1945–1949, in: Aus Politik u. Zeitgeschichte, Beilage zu „Das Parlament“, B 51/71 v. 31. 7. 71, S. 3 ff.

<sup>7</sup> Sitzung des Länderrats vom 4. Juni 1946.

<sup>8</sup> Vom 11. bis 13. August 1946. Vgl. Hans Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, Neuwied 1966, S. 833. Dazu Tägliche Rundschau vom 14. August 1946. Zu den Kontakten zwischen Geiler und Paul auch Thilo Vogelsang, a. a. O., S. 525.

<sup>9</sup> Hans Peter Schwarz, a. a. O., S. 833.

schaftlicher Hinsicht herbeizuführen. Gleichzeitig wies ein Arbeitsbericht der amerikanischen Militärregierung<sup>10</sup> an mehreren Statistiken die Notwendigkeit der Wirtschaftseinheit nach und forderte die Errichtung deutscher überzonaler Verwaltungen, gegen deren Entscheidungen Länder- oder Zonenbehörden kein Einspruchsrecht haben sollten. Tatsächlich bot dann Clay gleich nach der Pariser Außenministerkonferenz im Kontrollrat seinen drei Kollegen die Zonenverschmelzung an. Doch akzeptierte nur Robertson.

Die Stuttgarter Rede des US-Außenministers Byrnes vom 6. September 1946<sup>11</sup> wird allgemein als Wendepunkt der amerikanischen Deutschlandpolitik angesehen, da sich in ihr der Entschluß zum anglo-amerikanischen Alleingang manifestiere. Dem ist entgegenzuhalten, daß Byrnes in jener Rede grundsätzlich für die wirtschaftliche Vereinigung ganz Deutschlands eingetreten ist. Die Formulierung: „Wenn eine völlige Vereinigung nicht erreicht werden kann, werden wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um eine größtmögliche Vereinigung zu sichern“, war ebenso eine Warnung an Frankreich wie an die Sowjetunion. Keineswegs muß sie als der Entschluß der amerikanischen Regierung betrachtet werden, sich von nun an über die deutschlandpolitischen Interessen der französischen und sowjetischen Alliierten hinwegzusetzen. Byrnes betonte ausdrücklich die Anerkennung sowohl der Ansprüche der Sowjetunion in Ostpreußen als auch Frankreichs auf das Saargebiet<sup>12</sup>. Allerdings warf Byrnes der Sowjetunion damit, daß er die polnische Westgrenze als nicht endgültig bezeichnete, einen großen Stein in den Weg zu einer gemeinsamen Deutschlandpolitik. Eine heftige Reaktion Molotows war die Folge. Die Sowjetunion fühlte sich damals offensichtlich weniger von Byrnes' Deutschlandplänen als von der Äußerung über die polnische Westgrenze getroffen<sup>13</sup>.

<sup>10</sup> Die deutsche Wirtschaft seit Potsdam, Ein Arbeitsbericht der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung (Sommer 1946), hrsg. von Arthur Sattel, Oberursel im Taunus 1947.

<sup>11</sup> Voller Wortlaut in: *Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte*, hrsg. v. Johannes Hohlfeld, Berlin o.J., VI. Bd, S. 130ff. Auszüge in: Gerhard Binder, *Deutschland seit 1945, Eine dokumentierte gesamtdeutsche Geschichte in der Zeit der Teilung*, Stuttgart 1969, S. 194ff. Für das hier angeschnittene Problem Auszug in: Elmar Krautkrämer, *Die Bundesrepublik Deutschland, Ihre Entstehung und Entwicklung*, Frankfurt a.M. 1970, S. 32f.

<sup>12</sup> Neuerdings widerlegt auch Gimbel die aus der Rede gezogenen Folgerungen, da im September 1946 die USA eine grundsätzliche Überprüfung ihrer Politik noch nicht ernsthaft erwogen hätten; John Gimbel, *Byrnes' Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland*, in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 39–62, bes. S. 42. Nach Gimbel, a. a. O., S. 45, ist die Rede aus einer von Clay verfaßten Niederschrift entstanden, für den sie ein Versuch war, den toten Punkt im Kontrollrat zu überwinden. Gimbel sieht in erster Linie die französische Obstruktion, die es zu überwinden galt, und meint, daß für Byrnes Frankreich der Adressat der Rede war.

<sup>13</sup> Gimbel, a. a. O., S. 53, will Byrnes' Bemerkungen über den temporären Charakter der deutsch-polnischen Grenze nicht als an die Sowjetunion gerichtet verstanden wissen, sondern nur als einen Kommentar zu den Bestimmungen von Potsdam. Demgegenüber ist jedoch zu beachten, daß vor der Stuttgarter Rede die entsprechenden Passagen des Potsdamer Abkommens offiziell von alliierter Seite nie so kommentiert worden sind, schon gar nicht vor deutschen Politikern.

Im zweiten Halbjahr 1946 hielt man allgemein in Deutschland noch eine größere Zonenverschmelzung für möglich, mindestens vorerst auf wirtschaftlichem Gebiet. Nachdem im August die Regierungschefs der britischen Zone eine Vierzonenkonferenz anzustreben beschlossen und zugleich Geiler und Paul in Weimar Entsprechendes vereinbart hatten<sup>14</sup>, lud mit amerikanischer Unterstützung und britischer Billigung der Bremer Senatspräsident Kaisen die Regierungschefs der Länder aller vier Zonen zu einer Konferenz am 4. und 5. Oktober in Bremen ein. Die Vertreter der französischen und sowjetischen Zone nahmen an der Konferenz nicht teil<sup>15</sup>. Hierdurch wurde die Initiative der Länderregierungen auf einen bizonalen Rahmen beschränkt, doch war die Bremer EntschlieÙung der Ministerpräsidenten<sup>16</sup> an alle vier Zonen gerichtet.

Diese EntschlieÙung schlug die Errichtung eines vorläufigen Länderrates aus den Regierungschefs der Länder und Provinzen aller vier Zonen vor, der den alliierten Kontrollrat beraten und seine Weisungen entgegennehmen sollte. Einem Volksrat, gebildet aus Abgeordneten aller Landtage, sollte die parlamentarische Kontrolle des Länderrates obliegen. Ihm war auch eine erste Stufe gesetzgebenden Charakters zugedacht, indem er dem Länderrat Vorschläge zur Weiterleitung an den Kontrollrat machen und zu den Weisungen des Kontrollrats Empfehlungen unterbreiten können sollte. Kaisen schlug sogar vor, der Länderrat möge einen Verfassungsentwurf erstellen und bei etwaigen Verhandlungen zu einem Friedensvertrag die deutschen Interessen wahrnehmen. Damit wurde in Bremen dem Gremium der Länderchefs ein größeres Gewicht als den Parteien eingeräumt. Schwarz sieht in der Bremer EntschlieÙung „den Höhepunkt der Bestrebungen, von der Basis der Länder aus ein Repräsentativorgan aufzubauen“<sup>17</sup>. Sie spiegelt das Bemühen um einen Kompromiß zwischen der britischen, mehr zentralistischen und der amerikanischen föderalistischen Konzeption wieder, indem sie auf Herstellung der deutschen Einheit auf gemäßigt föderativer Grundlage zielte. Damit allerdings lief sie zentralistischen Tendenzen, wie sie von starken Gruppen in den Parteien ausgingen, zuwider, und die Ministerpräsidenten gaben in Bremen zu erkennen, daß sie mit dem Ball zu spielen bereit waren, den ihnen Byrnes in Stuttgart zugeworfen hatte.

Eine staatliche Organisation der Bizone wünschten die Amerikaner jedoch noch nicht, wie Clays Äußerung im Länderrat gegen allzu stürmische Verfechter eines Bizonismus zeigt, daß Vorschläge zur Errichtung einer bizonalen Regierung nicht zu

<sup>14</sup> John Gimbel, *Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949*, Frankfurt a.M. 1971, S. 124.

<sup>15</sup> Den Vertretern der französischen Zone hat die Besatzungsmacht die Teilnahme nicht gestattet. Die Ministerpräsidenten der sowjetischen Zone entschuldigten ihr Fernbleiben mit dem Hinweis auf die bevorstehenden Landtagswahlen. Hierzu: *Das geteilte Deutschland, Eine Dokumentation der Meinungen*, hrsg. v. Kurt Tudyka, Stuttgart 1965, S. 14.

<sup>16</sup> Wortlaut in *Europa-Archiv*, 3 (1948), S. 1143.

<sup>17</sup> Hans Peter Schwarz, a. a. O., S. 632.

verwirklichen seien, da das zu Mißverständnissen führen und die Beziehungen zwischen den vier Besatzungsmächten noch stärker belasten würde<sup>18</sup>.

Eine Entschließung zugunsten des Föderalismus war mit den deutschlandpolitischen Zielen der Sowjetunion nicht vereinbar und stieß zugleich bei den Parteien der Ostzone, besonders der SED, auf Widerspruch. Von den überregionalen Zeitungen der Ostzone beschäftigte sich „Neues Deutschland“ mit der Tagung, die es als „Föderalistenkonferenz“ und eine Aktion „in Anknüpfung an die Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes“ bezeichnete<sup>19</sup>. Daß allerdings die Bremer Entschließung eine gewisse Absicherung gegen die sowjetische Zone enthielt, gibt Reinhold Maier zu. Mit der Klausel, daß ein deutscher Nationalrat aus „den nach demokratischen Prinzipien verantwortlichen Ministerpräsidenten oder anderen leitenden Beamten der Länder oder Provinzen“ zusammengesetzt sein sollte, konnte „der Anschluß der oder jener Zone mit dem einfachen Mittel hintangehalten werden, daß diese Zone durch die betreffende Besatzungsmacht undemokratisch aufgebaut wurde“<sup>20</sup>. Hatte schon Ulbricht unmittelbar nach Byrnes' Stuttgarter Rede erklärt, daß nur die politischen Parteien die gegenwärtigen Vertreter des Volkswillens sein könnten<sup>21</sup>, so wurde nach der Bremer Konferenz dieser Standpunkt von den politischen Parteien der sowjetischen Zone und ihrer Presse bei zahlreichen Gelegenheiten betont und dabei den Länderregierungen das Recht bestritten, hinsichtlich der künftigen Struktur Deutschlands initiativ zu werden.

Die folgende Diskussion über eine gesamtdeutsche Repräsentation wurde auch in erster Linie von den Parteien der sowjetischen Zone angeregt und angetrieben. Im Dezember 1946 forderte Ulbricht eine „volksparlamentarische Ordnung, in der die Volksvertretung die oberste gesetzgebende und kontrollierende Körperschaft ist“<sup>22</sup>. Auftrieb erhielten solche Erwägungen, nachdem im Dezember der Außenministerrat die Tagesordnung für die im März zusammentretende Moskauer Konferenz festgelegt hatte. Darin waren „Form und Reichweite einer politischen Organisation Deutschlands“ und „Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland“ als Beratungsgegenstände genannt. Daraufhin setzte in der sowjeti-

<sup>18</sup> AdG 16/17 (1946/47), S. 891.

<sup>19</sup> Neues Deutschland vom 11. Oktober 1946. Der Artikel setzt sich mit einem Beitrag des Westberliner „Tagesspiegel“ auseinander, der im Zusammenhang mit der Bremer Konferenz den Standpunkt vertreten habe, daß es nach der Bildung der einzelnen Länder nun an der Zeit sei, „ihre Zusammenfassung im Rahmen einer deutschen Bundesrepublik vorzubereiten“.

<sup>20</sup> Reinhold Maier, a. a. O., S. 313, meint, daß mit dieser Klausel „ein noch so energischer Wille der Deutschen, die den Zusammenschluß aller, die das Ganze wollten, unschwer durch die passive Resistenz der Vereinigungsunwilligen und der Mächte hinter ihnen sabotiert werden“ konnte.

<sup>21</sup> Neues Deutschland vom 12. September 1946.

<sup>22</sup> 5. Dezember 1946; AdG 16/17 (1946/47), S. 943.

schen Zone eine Kampagne für eine gesamtdeutsche Repräsentation ein, wobei nicht die SED den Ton angab, sondern die nichtmarxistischen Parteien, voran die CDUD, die Hauptrolle spielten. Man war dabei von der Sorge bewegt, man könne in Deutschland versäumen, rechtzeitig eine Vertretung zu bilden, die den Alliierten für die Moskauer Konferenz zur Verfügung stehen würde. Im Januar 1947 erklärte Jakob Kaiser vor deutschen und ausländischen Pressevertretern, daß, wenn es um die Entsendung deutscher Sachverständiger auf eine Friedenskonferenz gehe, diese von deutschen politischen Parteien ausgewählt werden müßten, da sie und nicht die Vertreter von Ländern die politischen Repräsentanten Deutschlands seien<sup>23</sup>. Das Ziel müsse die Wahl einer Nationalversammlung und die Bildung einer deutschen Regierung sein. Als Antithese zu Bremen schlug Kaiser ein Treffen der Parteiführer zur Aussprache über die künftige Friedensregelung vor. Es wurde damals für möglich gehalten, daß auf der Moskauer Konferenz deutsche Vertreter gehört würden, denn auch auf der Pariser Friedenskonferenz<sup>24</sup> war Vertretern von Staaten, deren Friedensverträge bevorstanden, die Möglichkeit gegeben worden, ihre Standpunkte vorzutragen.

Auf Anregung des der LDPD angehörenden Präsidenten der ostzonalen Justizverwaltung, Eugen Schiffer, beschlossen am 10. Februar 1947 Vertreter von SED, CDUD und LDPD, alle Parteien zur Bildung eines gemeinsamen Ausschusses aufzurufen, der eine deutsche Beteiligung an der Moskauer Außenministerkonferenz vorbereiten sollte. Schumacher sprach sich jedoch sogleich gegen eine solche Konferenz mit Vertretern der SED aus. Durch Jakob Kaiser wurde die Diskussion in die westdeutsche CDU getragen. Unter seinem Einfluß vertrat der Vorstand der in Königstein zuvor gegründeten Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU auf seiner ersten Tagung in Berlin vom 13.–15. März den Standpunkt, daß die Parteien als die politischen Willensträger die erste Stufe einer gesamtdeutschen Vertretung vorzubereiten hätten. SED, Sozialdemokraten und Liberale erhielten entsprechende Einladungen der Arbeitsgemeinschaft. Die LDPD nahm an, und auch Theodor Heuss teilte „die vorbehaltlose Zustimmung seiner liberalen Gesinnungsgenossen“ in Westdeutschland mit<sup>25</sup>. Die SED wünschte in ihrer Zusage, daß Vertreter der Gewerkschaften hinzugezogen würden. Das allerdings wurde von der Berliner CDU-Führung abgelehnt.

Obwohl die Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU, die die Einladung beschlossen hatte, ein gesamtdeutsches Parteigremium war, wurde die Sache in Westdeutschland als sowjetisch gesteuert und Kaiser als Wegbereiter der Herrschaft des Bolschewismus diffamiert<sup>26</sup>. Dies wurde dadurch erleichtert, daß die SED auf ihre Weise die Aktion propagandistisch begleitete. In einem Aufruf forderte sie beispielsweise die Bildung

<sup>23</sup> Werner Conze, Jakob Kaiser, Politiker zwischen Ost und West 1945–1949 (3. Bd der Biographie J. Kaisers von Werner Conze, Erich Kosthorst, Elfriede Nebgen), Stuttgart 1969, S. 136 mit Anm. 9 (S. 272).

<sup>24</sup> 29. Juli bis 15. Oktober 1946.

<sup>25</sup> Ernst Lemmer, *Manches war doch anders*, Frankfurt a.M. 1968, S. 305.

<sup>26</sup> Conze, a.a.O., S. 141 mit Anm. 23 (S. 273).

einer gesamtdeutschen Regierung und die Ausdehnung der Errungenschaften der Sowjetzone auf ganz Deutschland<sup>27</sup>. Schumacher, ohnehin in der Einladung ein geschicktes Zusammenspiel Jakob Kaisers mit den Kommunisten erblickend, lehnte ab, da er sich mit KPD und SED nicht an den Verhandlungstisch setzen könne, solange seine Partei in der sowjetischen Zone nicht zugelassen sei<sup>28</sup>. Für Schumacher kam die Akzeptierung der SED als Gesprächspartner einer Anerkennung der Zwangsfusion von SPD und KPD gleich, und das konnte und wollte er sich als sozialdemokratischer Parteiführer nicht leisten. Seine Ablehnung war aber auch zugleich gegen die Berliner CDU-Führung gerichtet, da in seinen Augen die CDU von der Unterdrückung der SPD in der Ostzone profitierte<sup>29</sup>.

So entstand der Eindruck, als sei der Plan einer gesamtdeutschen Repräsentation an Schumacher gescheitert. Adenauer konnte nicht öffentlich gegen den Plan auftreten, der von einem Gremium angeregt war, dem er selbst angehörte. Aber da er auf der Berliner Tagung der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU selbst nicht zugegen gewesen war, brauchte er die Sache nicht zu unterstützen. Wir wissen heute, daß Adenauer die Aktion nicht gebilligt hat<sup>30</sup>. Eine ausreichende Unterstützung Jakob Kaisers aus der britischen Zone blieb daher aus.

Die Verdächtigungen Kaisers und seiner Bemühungen waren nicht gerechtfertigt. Das spätere Schicksal von Kaiser und Lemmer zeigt, wie unbegründet solche Vorwürfe waren. Eine gesamtdeutsche Repräsentation aus den Vertretern aller Parteien mußte für die CDU wie LDP der Ostzone damals als eine Möglichkeit erscheinen, mit der man sich der Umklammerung durch SED und sowjetische Besatzungsmacht würde entwinden können. Das wurde in Westdeutschland zu wenig nachempfunden. Hier war schon das Mißtrauen gegenüber jeglichen Vorschlägen von politischen Kräften aus der sowjetischen Zone zu groß. Ob damals eine Chance vertan worden ist<sup>31</sup>, muß allerdings bezweifelt werden. Die sowjetischen und französischen Vertreter im Kontrollrat hatten den Plan gleich nach seinem Bekanntwerden verworfen und als illegal bezeichnet. Der Widerstand der Franzosen war so entschieden, daß mit einem Nachgeben nicht zu rechnen war. Der Kontrollrat aber war nicht zu umgehen.

Der Moskauer Außenministerkonferenz gelang es nicht, Voraussetzungen zur

<sup>27</sup> Neues Deutschland vom 2. März 1947.

<sup>28</sup> Schumacher gegenüber den Unterhändlern von CDU und CSU am 28. Mai in Hannover, AdG 16/17 (1946/47), S. 1101 (31. Mai).

<sup>29</sup> In den Wahlen der Ostzone hatte die CDU, so meinte Schumacher, gerade dadurch so gut abgeschnitten, daß sie keine SPD als Konkurrenten hatte, und es mußte den Führer der Sozialdemokraten treffen, wenn die Berliner CDU-Führung unter Einbeziehung der ostzonalen Wahlergebnisse vorrechnete, daß auf gesamtdeutscher Ebene die CDU die stärkste Partei sei. Dazu: *Das geteilte Deutschland*, hrsg. von Tudyka, S. 22.

<sup>30</sup> Nach Conze, a. a. O., S. 141, hat Adenauer wenige Tage nach der Berliner Entschließung auf der Vorstandssitzung der CDU der britischen Zone in Herford erklärt, daß er, wenn er in Berlin dabei gewesen wäre, nicht zugestimmt hätte.

<sup>31</sup> Wie Lemmer, a. a. O., S. 307, glaubt. Die Auffassung von einem vielleicht verpaßten historischen Moment klingt auch bei Conze, a. a. O., S. 146, an.

Verwirklichung des Planes zu schaffen. Frankreich und die USA wünschten die Bildung eines deutschen Konsultativrates aus den Länderregierungen. Nach den Vorstellungen Frankreichs sollte das an den Parteien vorbei erfolgen. Die Sowjetunion war bereit, in einem solchen Organ den Vertretern politischer Organisationen das gleiche Gewicht wie den Ländervertretern einzuräumen. Aber auch sie wollte nicht ganz auf Ländervertreter zugunsten der Parteien verzichten. Das wäre ein gangbarer Weg gewesen, doch ist der Vorschlag nicht aufgegriffen und weiter verfolgt worden, nicht zuletzt, weil die Sowjetunion auf der Einbeziehung der sogenannten antifaschistischen Organisationen neben den Parteien bestand<sup>32</sup>. Angesichts der politischen Struktur der sowjetischen Zone mußte diese Forderung die Gefahr eines unverhältnismäßig großen Einflusses der SED in einem solchen Gremium mit sich bringen, zumal die SED die Ausdehnung der „Errungenschaften der sowjetischen Zone“ auf ganz Deutschland“ gefordert hatte.

Zwar wurde auf der Moskauer Konferenz sichtbar, daß sich die Außenminister nur wenig von den deutschen Vorschlägen hatten beeindruckt lassen und daß den deutschen Bemühungen von vornherein bestimmte Grenzen gezogen waren. Es wäre jedoch falsch, das Scheitern der Bemühungen um die gesamtdeutsche Konferenz mit dem Verlauf und Ergebnis der Moskauer Konferenz zu begründen. Der Kaisersche Plan scheiterte unabhängig von der Moskauer Konferenz am Mißtrauen und Widerstand politischer Kräfte in Deutschland selbst.

Die Auseinandersetzungen um Ehards Einladung an die deutschen Ministerpräsidenten vollzog sich vor dem Hintergrund der Diskussion um die gesamtdeutsche Repräsentation. Das in der einen Sache aufgekommene Mißtrauen übertrug sich auf die andere. Insofern war der Zeitpunkt für die Münchener Konferenz unglücklich.

Die Diskussion um eine gesamtdeutsche Repräsentation war für jene politischen Kräfte in Deutschland, die einen föderativen Reichsaufbau erstrebten, Veranlassung, durch eigene Initiative den Parteien das Heft aus der Hand zu nehmen. Doch dürfte dieser Gesichtspunkt für Ehard, als er die Vorbereitungen zu einer Konferenz aller deutschen Ministerpräsidenten begann, nicht ausschlaggebend gewesen sein. Es galt einfach, den Anfang zu einer überzonalen politischen Verantwortung zu finden. Die Behauptung von Gniffke, Ehard sei von Josef Müller, dem Vorsitzenden der CSU, zu dem Schritt bewogen worden<sup>33</sup>, kann nur damit erklärt werden, daß die Berliner CDU-Führung schon frühzeitig von der kommenden Initiative aus Bayern wußte<sup>34</sup>, wobei der Informationsvorsprung gewiß auf die guten Beziehungen Müllers zu Kaiser und Lemmer zurückzuführen ist<sup>35</sup>.

<sup>32</sup> Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Berlin (Ost) 1956, Bd I, S. 76.

<sup>33</sup> Erich W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 236.

<sup>34</sup> Ebenda.

<sup>35</sup> Jakob Kaiser stand über die Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU in engem Kontakt mit Josef Müller, mit dem er seit der Widerstandszeit befreundet war. Josef Müller unterstützte

Die Münchener Konferenz sollte die dritte Tagung deutscher Länderchefs sein, zudem die erste der Länderchefs aller Zonen und ohne direkte Beaufsichtigung durch eine Besatzungsmacht. Der Gedanke an eine künftige periodisch tagende deutsche Ministerpräsidentenkonferenz als vorläufig höchste Vertretung deutscher Interessen lag nahe<sup>36</sup>. Mit Ausnahme des Saargebiets nahmen alle deutschen Länderchefs die Einladung an. Eine Teilnahme der Vertreter der Ostzone war bis zum 3. Juni ungewiß. Als gesamtdeutsche Tagung scheiterte jedoch die Konferenz schon am Vorabend bei der Beratung der Tagesordnung an der unbedingten Forderung der fünf östlichen Länderchefs einerseits und der Unnachgiebigkeit Ehards und der westdeutschen Vertreter andererseits. Seitdem hat sich die Ansicht gehalten, der offene Bruch zwischen den Ministerpräsidenten in München sei die Konsequenz der Abhängigkeit von ihrer jeweiligen Besatzungsmacht gewesen, da die Ostzonenvertreter eine Forderung erhoben, der nachzugeben Ehard aufgrund einer angeblichen Vereinbarung mit Clay und mit Rücksicht auf die Gebundenheit der Vertreter der französischen Besatzungszone nicht in der Lage war. Die Unnachgiebigkeit, mit der jede Seite ihren Standpunkt vertrat, war natürlich geeignet, den Eindruck höherer Weisungen hervorzurufen, und Erinnerungen von Augenzeugen des östlichen Vorspiels geben eine gewisse Bestätigung dafür, daß hinter dem Verhalten der Ostzonenlegation die Regie der SED-Führung stand<sup>37</sup>. Eine Weisung der sowjetischen Besatzungsmacht ist behauptet worden<sup>38</sup>, es gibt jedoch auch Gegenargumente<sup>39</sup>. Die recht gründliche Auseinandersetzung Gimbel mit

Kaisers Kampagne für eine gesamtdeutsche Repräsentation und nahm auch an der Aussprache der CDU-Delegation mit Kurt Schumacher am 28. Mai in Hannover teil.

<sup>36</sup> Conze, a. a. O., S. 151. – Die Münchener „Entschließung zu Grundfragen der Wirtschaft“ empfahl „bis zur Herstellung der deutschen Wirtschaftseinheit die Bildung eines Länderausschusses aus allen deutschen Gebieten zur ständigen Unterrichtung des Alliierten Kontrollrates in wirtschaftlichen Fragen“. Die deutsche Ministerpräsidentenkonferenz in München vom 6. bis 8. Juni 1947, hrsg. von d. Bayer. Landeszentrale für polit. Bildungsarbeit (1965), S. 114.

<sup>37</sup> Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Köln 1960, S. 476 f.; Rudolf Paul, *Vor zehn Jahren wurde Deutschland um eine Hoffnung ärmer*, in: *Schwäbische Landeszeitung* vom 16. Nov. 1957, S. 24 f.; Gniffke, a. a. O., S. 236 ff.

<sup>38</sup> Paul, a. a. O., behauptet, daß Oberst Tulpanow hinter den Kulissen gewirkt habe.

<sup>39</sup> Deuerlein erwähnt den Bericht des 1950 in der DDR verurteilten Chefredakteurs des Deutschlandsenders, Leo Bauer. Danach habe ein sowjetischer Vernehmungsoffizier bei den Ermittlungen die Ausführungen Bauers, daß Ulbricht 1947 die gesamtdeutschen Gespräche in München bewußt sabotiert habe, mit besonderem Interesse zur Kenntnis genommen und die Aussagen in Ulbricht belastender Weise formuliert; Ernst Deuerlein, *Die Einheit Deutschlands*, Frankfurt a. M. 1961, S. 269.

Friedensburg führt an, daß er mit General Georgiew und Oberst Tulpanow am 28. und 29. Mai über die bevorstehende Konferenz gesprochen habe. Georgiew habe zwar die Verlegung der Konferenz nach Berlin gewünscht, sich jedoch Friedensburgs Einwand, daß ein solches Verlangen die Konferenz gefährden würde, gefügt. Tulpanow sei mit Friedensburg einig gewesen, daß auf der Konferenz die brennenden wirtschaftlichen Sorgen voranzustellen seien, was dann von selbst zu politischen Folgerungen führen würde. Ferdinand Friedensburg, *Es ging um Deutschlands Einheit*, Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945,

der Münchener Konferenz bestreitet die Ansicht, daß Ehard an eine Weisung Clays gebunden gewesen sei<sup>40</sup>. Gimbel's Argumente haben Gewicht und geben Veranlassung zu einer neuen Darstellung unter Berücksichtigung der wesentlichen Quellen.

Am 7. Mai 1947 hatte der bayerische Ministerpräsident Ehard die Regierungschefs aller deutschen Länder – Berlin sowie das Saargebiet wurden versehentlich einige Tage später gebeten – zu einer Besprechung am 6. und 7. Juni nach München eingeladen. Gegenstand der Tagung sollte vorrangig die Beratung von Maßnahmen zur Überwindung des wirtschaftlichen und politischen Chaos sein. Nach dem Wortlaut der Einladung, die von wirtschaftlicher Einheit und künftiger politischer Zusammenfassung der Länder sprach, war somit die Behandlung politischer Fragen nicht ausgeschlossen, eine entsprechende Beschränkung von alliierter Seite dürfte daher zu diesem Zeitpunkt nicht bestanden haben. Auch die gleichzeitige Verlautbarung der bayerischen Staatsregierung sprach von der Notwendigkeit der Zusammenkunft, da die Moskauer Konferenz die deutsche Wirtschaftseinheit nicht gebracht und die Aussicht auf Schaffung eines politischen Oberhauptes aufgeschoben habe. Ehard behauptete zwar später, als Vorbedingung für das Zustandekommen der Konferenz sei die Behandlung von politischen Fragen von vornherein ausgeschlossen worden und „äußerst behutsam, aber zäh geführte Verhandlungen mit den Militärbefehlshabern der einzelnen Besatzungszonen“ seien vorausgegangen<sup>41</sup>, doch kann nach dem Wortlaut sowohl der Einladung als auch der Verlautbarung der bayerischen Staatsregierung eine solche Einschränkung von seiten Clays kaum bestanden haben.

Die in einschlägigen Darstellungen vertretene Ansicht, Ehard habe die Einladung erst ergehen lassen können, nachdem er sich mit Clay über die Tagesordnung verständigt habe, wird nun von Gimbel bestritten<sup>42</sup>. Er verweist dabei auf den Widerspruch zwischen der Aussage Ehards, er habe Clays Zustimmung bei einem turnusmäßigen Gespräch in Stuttgart am 6. Mai erhalten, und der Tatsache, daß im Protokoll vom 6. Mai ein solches Gespräch zwischen Ehard und Clay nicht erwähnt ist<sup>43</sup>. Zwar unterstellt Gimbel die Möglichkeit eines inoffiziellen

---

Berlin 1971, S. 164f.

Die Rheinische Zeitung (Köln) teilte am 17. Mai 1947 mit, „von seiten der sowjetischen Militäradministration sei deutschen Parteivertretern gegenüber in den letzten Tagen bedeutet worden, daß die Antwort auf die Einladung Dr. Ehards eine rein deutsche Angelegenheit sei“.

<sup>40</sup> John Gimbel, *Amerikanische Besatzungspolitik*, a. a. O., S. 177 ff., bes. S. 185 f.

<sup>41</sup> Hans Ehard, *Vom ersten Versuch, die Einheit wiederzugewinnen*, in: *Bayerische Staatszeitung*, München v. 8. Juni 1962.

<sup>42</sup> Gimbel, a. a. O., wendet sich gegen entsprechende Darstellungen bei Deuerlein, a. a. O., S. 191, und bei Krautkrämer, *Deutsche Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg*, Hildesheim 1962, S. 121, und Thilo Vogelsang, *Das geteilte Deutschland*, München 1966 (31969), S. 64.

<sup>43</sup> Ebenda, S. 184. Daß die Akten nichts enthalten, könnte auf eine bewußte Zurückhaltung Clays deuten. Gimbel verkennt aber insofern die damalige Situation, als ein deutscher

Gesprächs und er erwähnt „Quellen, die etwas über die Besorgnisse Ehard, seine Motive und seine erste Kontaktaufnahme mit Clay aussagen könnten“<sup>44</sup>, doch erscheint es ihm beweiskräftiger, daß sich in den Akten der Militärregierung oder in deutschen Quellen kein Hinweis darauf befindet, daß Ehard mit Clay die Angelegenheit besprochen habe. Vielmehr habe erst in einem Schreiben vom 4. Juni Litchfield<sup>45</sup> an Clay eine elf Punkte enthaltende Tagesordnung für die bevorstehende Münchener Konferenz gesandt<sup>46</sup>. Hierbei handelte es sich um einen von der bayerischen Staatsregierung herausgegebenen Vorschlag von möglichen Beratungspunkten. Es wird behauptet, daß diese elf Punkte von den Ministerpräsidenten der britischen Zone auf einer Besprechung mit Ehard am 30. Mai in Hannover unterbreitet worden seien<sup>47</sup>. Doch wurde auf jenem Treffen, an dem Ehard nicht teilnahm<sup>47a</sup>, nur beschlossen – das allerdings verbindlich –, sich in München der Behandlung politischer Themen zu enthalten. Anregungen für eine mögliche Tagesordnung können jedoch in die Veröffentlichung der Münchener Regierung noch nicht eingeflossen sein. Der Entwurf einer Tagesordnung von 14 Punkten ist erst am 4. Juni beraten und am 5. Juni nachmittags fertiggestellt worden, und zwar in einer Konferenz der Bevollmächtigten. Aufgrund dieses Entwurfes stellten die Ministerpräsidenten in der Nachtsitzung vom 5. auf den 6. Juni die auf sechs Punkte reduzierte endgültige Tagesordnung zusammen. Das spricht dagegen, daß die Tagesordnung mit Clay vorher verbindlich vereinbart worden ist, so daß der Konferenz keinerlei Spielraum blieb. Bezeichnenderweise ging die Störung des gesamtdeutschen Charakters der Konferenz am wenigsten von den Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone aus.

Ehard hatte zwar sowohl in der Einladung als auch auf der Pressekonferenz vom 10. Mai die Möglichkeit politischer Gespräche nicht ausgeschlossen und noch am 12. Mai einen durchaus auch politischen Charakter der Konferenz eingeräumt<sup>47b</sup>.

---

Ministerpräsident solch einen weitgehenden Schritt ohne Billigung der Militärregierung kaum unternommen hätte.

<sup>44</sup> Gimbel, a. a. O., S. 179, gibt leider diese Quellen nicht an. – Clay kann sich allerdings an kein diesbezügliches Gespräch mit Ehard entsinnen: „Finally, I do not remember having any personal discussion of this question with Dr. Ehard although I would not question his memory if he remembers otherwise.“ Auskunft von Lucius D. Clay an den Verf. mit Schreiben vom 19. April 1972. Zu der Haltung Clays in der Vorbereitung der Konferenz vgl. auch Gimbel, Die Konferenzen der deutschen Ministerpräsidenten, a. a. O., S. 12 ff.

<sup>45</sup> Chef der Abteilung Zivilverwaltung der US-Militärregierung.

<sup>46</sup> Gimbel, a. a. O., S. 184.

<sup>47</sup> Rolf Badstübner und Siegfried Thomas, Die Spaltung Deutschlands 1945–1949, Berlin Ost 1966, S. 210.

<sup>47a</sup> „Die Welt“ vom 31. Mai 1947 berichtet eingehend von der Konferenz in Hannover und zählt alle Teilnehmer auf. Ehard wird nicht als Teilnehmer genannt. Für die unerklärliche Behauptung Badstübners findet sich keinerlei Beleg.

<sup>47b</sup> In Neue Zeitung vom 12. Mai 1947, S. 4, erläuterte Ehard den Zweck der Konferenz u. a. mit den Worten: „Zwar werden die Beratungen in erster Linie um wirtschaftliche Fragestellungen gehen. Rein wirtschaftlich werden sie jedoch auch nicht gesehen werden können.“

Doch zwei Tage später betonte er in einer Rundfunkansprache auffällig, daß es in München nur um die Überwindung wirtschaftlicher und kultureller Schranken der Zonen und um die Aufstellung eines gemeinsamen Notprogrammes gehen könne, da die Münchener Konferenz nicht dazu berufen sei, „Fragen der deutschen Innenpolitik zum Austrag zu bringen“<sup>48</sup>. Wenn Erhard in diesem Zusammenhang hervorhob, „daß schon allein die einfache Tatsache eines Treffens der Regierungschefs aller vier Zonen auch ein innenpolitisches und für den künftigen Staatsaufbau wichtiges Moment darstellt“<sup>49</sup>, so mag das wie ein Hinweis klingen, daß man darüber nicht sprechen, aber daran denken solle. Dafür aber, daß diese Einschränkung eine Woche nach der Einladung aufgrund einer Weisung der amerikanischen Besatzungsmacht erfolgt ist, gibt es keinen Beleg. Der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Hoegner soll zwar am 6. Juni geäußert haben, daß die Ablehnung des Antrags der Ministerpräsidenten der Ostzone unvermeidlich gewesen sei, da das Thema der Konferenz, wie es in der Einladung Ehards formuliert war, von der zuständigen Militärregierung festgelegt worden sei<sup>50</sup>, aber in Hoegners eigener Darstellung von der Konferenz<sup>51</sup> finden wir diese Behauptung nicht. Wahrscheinlich liegt hier die Wurzel der Legende von der amerikanischen Weisung. Hoegner bezog sich in seiner Aussage, wenn er diese gemacht hat, auf den in der Einladung angesprochenen Rahmen, vielleicht auch auf die Zusammenstellung möglicher Beratungspunkte, die offenbar nach dem oben erwähnten Schreiben Litchfields der Militärregierung mitgeteilt worden war. In der Ostzonenpresse wurde das so ausgelegt, als sei die „Tagesordnung von der Militärregierung festgelegt“ worden<sup>52</sup>. Hingegen betont Friedensburg, Vertreter der Westmächte hätten ihm gegenüber keine Wünsche und Einwendungen bezüglich der Konferenz erkennen lassen<sup>53</sup>.

Bei der Besprechung der engeren Zusammenarbeit der einzelnen Länder und Zonen hat man notwendigerweise auch zu einer Prüfung der politischen Zusammenfassung zu gelangen, soweit sie möglich ist.“ Erhard schrieb hier ferner, die Konferenz solle „ein Bekenntnis geben zur Zusammengehörigkeit des gesamten deutschen Volkes. Auf die Dauer kann keine Macht der Erde ein Volk hindern, sich wieder zusammenschließen, wenn es das will. Und es hat auch niemand ein Recht dazu.“

<sup>48</sup> Die deutsche Ministerpräsidentenkonferenz, a. a. O., S. 17.

<sup>49</sup> Ebenda.

<sup>50</sup> Unter der Überschrift „Tagesordnung von der Militärregierung festgelegt“ schreibt Neues Deutschland vom 8. Juni 1947: „Über die Hintergründe der Vorgänge in München, in der Nacht zum Freitag, die zur Ablehnung des Vorschlags der Ministerpräsidenten der Ostzone führten, haben wenige Stunden später Erklärungen des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Lüdemann (SPD), und des stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Hoegner (SPD) völlige Klarheit geschaffen . . . Dr. Hoegner äußerte, daß die Ablehnung des Antrags der Ministerpräsidenten der Ostzone ‚unvermeidlich‘ gewesen sei, da das Thema der Konferenz, wie es in der Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten formuliert wurde, von der zuständigen Militärregierung festgelegt worden sei.“

<sup>51</sup> Wilhelm Hoegner, *Der schwierige Außenseiter, Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten*, München 1959, S. 290–295.

<sup>52</sup> S. o. Anm. 50.

<sup>53</sup> Friedensburg, a. a. O., S. 164.

Neuerdings bringt eine persönliche Auskunft Clays etwas mehr Klarheit in die Sache. Demnach ist Clay selbst im Gegensatz zu einigen seiner Mitarbeiter für die Konferenz eingetreten. Clay und die Militärgouverneure der britischen und französischen Zone haben dann vereinbart, daß das Treffen stattfinden könne, sofern zuvor eine Tagesordnung aufgestellt würde, der die Konferenz zu folgen habe. Irgendeine Beschränkung oder Änderung der Tagesordnung seitens der Militärregierung, abgesehen von dem Wunsch, daß man sich an die aufgestellte Tagesordnung halten möge, ist Clay nicht in Erinnerung. Trotzdem sieht auch Clay in dieser Forderung eine gewisse Beschränkung der Konferenz<sup>53a</sup>.

Man war also erst auf der Konferenz an die Tagesordnung gebunden, nicht aber bereits beim Erstellen der Tagesordnung an bestimmte Weisungen Clays. Somit liegt es näher, in jener ersten Einschränkung Ehards vom 14. Mai eine Reaktion auf die Kritik zu sehen, die die Münchener Initiative nicht nur in der sowjetischen Zone, sondern auch in den Reihen der SPD-Führung sofort fand, von der man wußte, daß sie sich nicht mit der SED an einen Tisch setzen wollte. Ehard mußte recht bald nach der Einladung erkennen, daß, wollte man die Konferenz überhaupt zustandekommen lassen und dabei gegenüber der Welt ein Schauspiel deutscher Zerrissenheit vermeiden, auf die Diskussion politischer Themen verzichtet werden mußte. Angesichts der Haltung der SPD-Führung, der Ministerpräsidenten der britischen Zone und des Zentralkomitees der SED stellt sich das Dilemma der Nacht vom 5. auf 6. Juni 1947 in erster Linie als Folge eines innerdeutschen west-östlichen Mißtrauens und damit verbundener parteipolitischer Taktiken dar.

Die Teilnahme der Ministerpräsidenten der sowjetischen Zone hing von der Einstellung des Zentralsekretariats der SED ab. Von den damaligen Vorgängen im ZS liegt ein aufschlußreicher Bericht vor<sup>54</sup>. Obwohl die Ehardsche Einladung nicht in Ulbrichts Konzept paßte, war die Mehrheit der ZS-Mitglieder für eine Teilnahme. Ulbricht, der erkannte, daß in einem Gremium deutscher Ministerpräsidenten die SED hoffnungslos überspielt werden würde, wünschte die Hinzu-

<sup>53a</sup> „I do remember very well the Minister-Presidents' Conference in Munich called by Minister-President of Bavaria, Dr. Ehard. It came to my attention only because some of my assistants wanted to prevent it from being held. I did not agree with them. However, the meeting was discussed with the British and French Military Governors. I can not remember their respective positions but I am sure that the three of us agreed that the meeting was in order provided an agenda was prepared in advance and followed in the conference. I do not remember that we limited or changed the agenda in any way except to ask that it be followed.

Nevertheless, I believe it very fair to say that there was some restriction as explained above in the subjects to be discussed.“ Auskunft von Lucius D. Clay an den Verf. vom 19. April 1972.

<sup>54</sup> Gniffke, a. a. O., S. 235 ff. Zu den Vorgängen im Zentralsekretariat der SED auch: Ernst Deuerlein, Das erste gesamtdeutsche Gespräch, Zur Beurteilung der Ministerpräsidenten-Konferenz in München 6./7. Juni 1947, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 23/67 vom 7. Juni 1967, S. 17 ff.

ziehung von Partei- und Gewerkschaftsvertretern zur Konferenz. Allerdings wurde vom ZS die briefliche oder telegraphische Übermittlung dieser Forderung an Ehard verworfen, um nicht eine Ablehnung zu provozieren. Dafür aber wurde der sächsische Ministerpräsident Friedrichs beauftragt, sich mit Ehard in der Sache zu besprechen<sup>55</sup>. Friedrichs traf sich mit Ehard am 23. Mai in Hof. Die Presseverlautbarung erwähnte nur, daß eine Reihe von technischen Fragen in freundschaftlicher Weise erörtert wurden, deren Behandlung zu zeitraubend gewesen wäre. Friedrichs hat hierbei Ehard die Bereitschaft der ostdeutschen Ministerpräsidenten zur Teilnahme sowie auch den Wunsch nach Erweiterung des Teilnehmerkreises und Themenkatalogs mitgeteilt.

Ehard wollte jedoch die Konferenz nicht durch zusätzliche Forderungen gefährdet sehen und bestand auf der Ausklammerung politischer Themen sowie der Beschränkung des Teilnehmerkreises auf die Länderchefs.

Friedrichs berichtete dem ZS, das mit dem Ergebnis von Hof nicht zufrieden war und die der SED angehörenden Ministerpräsidenten zu einer gemeinsamen Sitzung am 28. Mai einlud. Hier wurde nun der Wortlaut des Telegramms an Ehard beschlossen, in dem die Hinzuziehung von Vertretern der Parteien und Gewerkschaften zur Konferenz, die Behandlung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands als zentraler Punkt der Tagesordnung sowie die Verlegung der Tagung nach Berlin vorgeschlagen war. Doch wurde in diesem Telegramm noch nichts bedingungslos gefordert, vielmehr wählte man die Form einer recht höflichen Empfehlung. Offenbar sollte der Weg zu einer Teilnahme noch offen bleiben. Aber auch die Antwort von Ehard ist keineswegs schroff ablehnend, sondern wirbt geradezu um Verständnis dafür, daß man aufgrund der bereits erfolgten Zusagen der übrigen Länderchefs Rahmen und Ort der Tagung nicht mehr ändern könne, da das Treffen nur „den Anfang für weitere und engere Zusammenarbeit“ bilden würde<sup>56</sup>. Ein bevollmächtigtes Delegationsmitglied sollte jedoch bereits am 4. Juni nach München zur Aufstellung eines Entwurfs der Tagesordnung kommen. Daß Ehard die Ostzonenvertreter durchaus nicht vor den Kopf stoßen wollte, zeigt die dabei ausgedrückte Bereitschaft zur Behandlung der Frage weiterer Konferenzen und ihres Rahmens in München und zu einer weiteren Tagung in Berlin. „Neues Deutschland“ konterte sofort, daß eine Konferenz der Ministerpräsidenten allein keinen Sinn habe, und sprach sich gegen anschlie-

<sup>55</sup> Pauls Darstellung lautet anders. Danach soll auf einer Konferenz der SED-Ministerpräsidenten, Landtagspräsidenten und der Parteispitze im Harz in Gegenwart von Oberst Tulpanow ein Antwortschreiben an Ehard fertiggestellt worden sein, dessen Absendung dann von Ulbricht verhindert wurde. Später habe dann den Ministerpräsidenten ein völlig verändertes und schärferes Schreiben zur Unterzeichnung vorgelegen. Um dessen Absendung zu verhindern, habe Paul das Treffen zwischen Ehard und Friedrichs vermittelt; Paul, a. a. O., S. 25. Eine solche Selbständigkeit Pauls gegenüber sowohl Ulbricht als auch der Militärregierung wäre allerdings erstaunlich gewesen.

<sup>56</sup> Die Deutsche Ministerpräsidentenkonferenz, a. a. O., S. 20.

ßende weitere Konferenzen aus, wenn die Parteien nicht sofort hinzugezogen würden<sup>57</sup>. Ehard ging dann so weit, zu erklären, daß er eine weitere Tagung von Ministerpräsidenten und Vertretern von Parteien und Gewerkschaften in Berlin unterstützen wolle<sup>58</sup>. Doch auch dieses Angebot reichte dem ZS nicht.

Nun tat Kurt Schumacher einen entscheidenden weiteren Schritt zur Gefährdung der Konferenz. Hatte er eben erst gegenüber den Unterhändlern der CDU und CSU die gesamtdeutsche Repräsentation mit der Begründung abgelehnt, daß er sich nicht mit SED-Politikern an den Verhandlungstisch setzen könne, so forderte er nun auf einem Treffen der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten am 29. Mai in Frankfurt, daß der Ostzonenlegation, wenn sie in München erscheinen würde, die demokratische Legitimation bestritten werden solle, weil die SPD in ihren Ländern nicht zugelassen sei. Das wurde im ZS der SED bekannt. In der entscheidenden Sitzung vom 3. Juni sprach sich Ulbricht daher gegen eine Teilnahme aus, um einer solchen Provokation durch die SPD auszuweichen. Er wurde indessen überstimmt<sup>59</sup>. Zum Sprecher der Delegation bestimmte man Ministerpräsident Paul, der offenbar über gute Beziehungen zu den Regierungschefs der amerikanischen Zone verfügte<sup>60</sup>. Ob und inwieweit über Ehards Bitte um Entsendung eines Delegierten zur Vorbesprechung eines Entwurfs der Tagesordnung im ZS gesprochen wurde, läßt sich nicht feststellen. Jedenfalls ist kein Mitglied der Delegation bereits am 4. Juni nach München gereist. In einer weiteren Sitzung des ZS am Nachmittag des 3. Juni sollen dann dem Bericht Pauls zufolge<sup>61</sup> die Gegner der Konferenz in der Mehrheit gewesen sein. Da sie aber den Plenarbeschluß vom Vormittag nicht aufheben konnten, setzten sie einen zusätzlichen Beschluß durch, wonach die Delegation in München zu Beginn der Konferenz den Antrag auf Aufnahme eines ersten Tagesordnungspunktes „Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen deutschen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates“ stellen sollte. Im Falle der Ablehnung sollten die fünf Regierungschefs sofort die Konferenz verlassen.

Auch auf dieser Sitzung wurde offenbar nicht erwogen, einen Delegierten zur Vorbesprechung am 4. Juni nach München zu entsenden. Das weist darauf hin, daß es dem ZS tatsächlich auf ein Spektakel ankam. Wäre nämlich ein Bevollmächtigter bereits zur Vorbesprechung erschienen und hätte dort vergeblich seine Forderung vorgebracht, so wäre es fraglich gewesen, ob die ostzonalen Ministerpräsidenten überhaupt noch auf der Konferenz hätten erscheinen können. Eine Begründung des spektakulären Verlassens der Konferenz wäre dann jedenfalls

<sup>57</sup> „Kein Schritt weiter“, in Neues Deutschland vom 31. Mai 1947.

<sup>58</sup> Tägliche Rundschau vom 6. Juni 1947.

<sup>59</sup> Gniffke, a. a. O., S. 240.

<sup>60</sup> Vgl. oben, S. 155; nach Schwarz, a. a. O., S. 833, hat Paul im Sommer 1946, nach Maier, a. a. O., S. 369, sogar noch im Frühjahr 1947 an einer Sitzung des Länderrats teilgenommen.

<sup>61</sup> Paul, a. a. O., S. 24.

schwieriger gewesen. Nach Paul soll der stellvertretende sächsische Ministerpräsident Fischer, der an Stelle des erkrankten Friedrichs nach München fuhr, der Delegation noch unterwegs eingeschärft haben, daß sie sofort die Konferenz zu verlassen habe, wenn der Antrag nicht angenommen werde<sup>62</sup>. Beachtet man jedoch das Taktieren des ZS vor und nach Kenntnis der Forderung Schumachers, so erscheint der zweite Beschluß vom 3. Juni, mit dem eine Teilnahme der ostdeutschen Delegation an der Konferenz unmöglich wurde, als eine Konsequenz der Haltung des SPD-Vorsitzenden. Es ist bekannt, wie sehr damals im ZS, besonders von Ulbricht, die Ausführung dieses ZS-Auftrages gefürchtet wurde<sup>63</sup>. Mit dem unannehmbaren Antrag aber konnte man einer gefürchteten Provokation zuvorkommen und die Nichtteilnahme mit einer patriotischen Geste motivieren. Zur Vorbereitung führte die SED-Presse eine heftige Kampagne gegen Schumacher<sup>64</sup>.

Der auf der Konferenz der Bevollmächtigten an den Nachmittagen des 4. und 5. Juni ohne Mitwirkung der Ostzonenvertreter erstellte Entwurf einer vorläufigen Tagesordnung lag der Vollkonferenz am Abend des 5. Juni zur Beschlußfassung vor. Die ostdeutsche Delegation gewann hierdurch den Eindruck, als sei die Tagesordnung bereits in allen Punkten festgelegt, zumal die Referate und Korreferate ausschließlich an Vertreter der Westzonen verteilt waren. Pauls Vorwürfe gegen diese Vorbereitungen sind jedoch insofern nicht gerechtfertigt, als die Vertreter der sowjetischen Zone an der Vorbereitung der Tagesordnung am 4. und 5. Juni nachmittags nicht teilgenommen hatten und es sich bei der Vorlage um keine endgültige Fixierung der Tagesordnung handelte; diese sollte erst am Abend erfolgen. Hätten sich die östlichen Ministerpräsidenten an der Diskussion um die Tagesordnung konstruktiv beteiligt, so hätte es ihnen gelingen müssen, mit eigenen Referenten zu besonderen Themen – abgesehen von dem im Antrag angeschnittenen Thema – zu Wort zu kommen, denn die Tagesordnung erfuhr in der Nachsitzung noch eine entscheidende Umgestaltung. Nur haben die Ostpräsidenten diesen Versuch gar nicht erst unternommen, nachdem ihr demonstrativer Antrag hatte abgelehnt werden müssen.

Obwohl die Delegation keineswegs einmütig bereit war, der Weisung des ZS der SED Folge zu leisten und die Konferenz sofort zu verlassen, ermangelte es dem größten Teil der westdeutschen Delegation am notwendigen Willen und Ehard selbst an der entsprechenden Geschmeidigkeit, einen Weg zu finden, der den teilnahmewilligen Kollegen aus der Ostzone ein Verbleiben ermöglicht hätte. Auch weitere, bescheidenere Vorschläge des thüringischen Ministerpräsidenten mit denen er versuchte, das Wort zu erhalten, verfielen der Ablehnung, obwohl Paul versicherte, die Konferenz nicht gefährden und sich parteipolitischer Äußerungen

<sup>62</sup> Ebenda.

<sup>63</sup> Gniffke, a. a. O., S. 240.

<sup>64</sup> Vgl. Neues Deutschland und Tägliche Rundschau am 30. Mai; die Tägliche Rundschau nannte Schumacher „eine Gefahr für das gesamte deutsche Volk“ und verglich ihn mit Hitler und Goebbels, wobei Goebbels noch die bessere Note erhielt, da er im Gegensatz zu Schumacher wenigstens offen gelogen habe (Tägl. Rundschau v. 5. Juni 1947).

enthalten zu wollen, und der der LDPD angehörende Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Dr. Huebener, sich hierfür verbürgte. Obwohl Paul wenigstens den süddeutschen Ministerpräsidenten bekannt war, hat nur Reinhold Maier ihn unterstützt. Unglücklicherweise ist dann in dem Augenblick, als Paul nach Wegen suchte, die seiner Delegation ein Bleiben ermöglichen sollten, von einem Teilnehmer der von Schumacher geforderte Einwand vorgebracht worden, die ostdeutschen Vertreter seien nicht legitimiert. Das verschärfte die Situation noch. Als auch weitere Vermittlungsversuche, bei denen Paul seine Forderungen immer mehr reduzierte, scheiterten, blieb der Delegation tatsächlich nur die Rückreise übrig, zumal eine Gruppe der westdeutschen Ministerpräsidenten damit drohte, ihrerseits die Konferenz verlassen zu müssen, falls die ostzonalen Vertreter an den Verhandlungstisch zurückkehrten<sup>65</sup>. Bei dieser Gruppe handelte es sich um die SPD-Ministerpräsidenten, die nach einer Darstellung von Louise Schröder auf der Frankfurter Vorbesprechung mit Schumacher die unbedingte Beschränkung der Verhandlungen auf wirtschaftliche Tagesordnungspunkte beschlossen hatten<sup>66</sup>. Nach einer Aussage des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Lüdemann sollen sie noch am Tage vor der Konferenz einen Block gebildet haben mit dem Ziel, die Veranstaltung unter Ausschluß der SED-Minister durchzuführen<sup>67</sup>. Während Fischer (Sachsen) und Hoecker (Mecklenburg) bereits in der Nacht nach Hause fuhren, reisten Paul (Thüringen), Steinhoff (Mark Brandenburg) und Huebener (Sachsen-Anhalt) erst am nächsten Mittag ab, nachdem auch ein Vermittlungsversuch von Friedensburg und Kaisen gescheitert war<sup>68</sup>.

<sup>65</sup> Paul, a. a. O., S. 25.

<sup>66</sup> Friedensburg, a. a. O., S. 163. – Carlo Schmid glaubt hingegen, daß eine Bindung seitens des SPD-Vorstandes nicht erfolgt sei (Auskunft auf Befragen des Verf.). – Schumacher hat nach dieser Besprechung erklärt, „kein Ministerpräsident der sowjetischen Zone habe eine ausreichende demokratische Legitimation, doch könne man darüber hinwegsehen, wenn es sich nur um ein Gespräch über die Behebung der deutschen Not handele“, *Neue Zeitung* vom 3. Juni 1947. – Nachdem Neues Deutschland am 6. Juni berichtete, Schumacher habe auf der Frankfurter Konferenz die politische Demonstration gegen die Ostzonenvertreter in München verlangt, erklärte Schumachers ständiger Vertreter in Berlin, daß Schumacher in Frankfurt den SPD-Ministerpräsidenten die Teilnahme empfohlen habe. Für den Fall, daß die Münchener Konferenz zu parteipolitischen Manövern mißbraucht werden würde, sei eine Erklärung des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Lüdemann, in Aussicht genommen worden; *Die Welt*, 7. Juni 1947.

<sup>67</sup> *Neues Deutschland* vom 8. Juni 1947, *Tägliche Rundschau* vom 11. Juni 1947.

<sup>68</sup> Paul, a. a. O., S. 25; dazu Friedensburg, a. a. O., S. 172. Friedensburg und Kaisen suchten Paul, Huebener und Steinhoff am nächsten Vormittag im Hotel auf und versuchten, sie zur Rückkehr in die Konferenz zu bewegen. Paul verlangte jedoch, daß dafür die Konferenz irgend eine Geste des Entgegenkommens zeigen müsse. Friedensburg eilte zurück und bewog Ehard, die Konferenz für 10 Minuten zur Besprechung mit den Delegationschefs zu unterbrechen. Ehard, der zunächst einer Vermittlung nicht abgeneigt war, mußte sich der Mehrheit beugen, die sich gegen eine Rückkehr der Ostpräsidenten aussprach. Mit besonderer Schärfe hat sich der Hamburger Bürgermeister Brauer (SPD) gegen einen Diskussionsbeitrag Pauls gewandt. Er hatte schon am Vorabend den Frankfurter Beschluß vertreten. Auch

Bei allen Vorwürfen der Unbeweglichkeit, die Ehard und den westdeutschen Konferenzteilnehmern gemacht wurden, ist freilich zu berücksichtigen, daß durch die Form, in der die ostdeutsche Delegation zuerst ihren Antrag vorgebracht hatte, und den dann schrittweisen Rückzug Pauls der Eindruck entstehen mußte, als suche Paul nur eine Gelegenheit, um eine ihm auferlegte politische Demonstration ausführen zu können<sup>68</sup>. Warum aber glaubte man auf westdeutscher Seite dem Begehren Pauls nicht nachgeben zu können? Trotz einer Demonstration der Ostzonenlegation hätte die Konferenz immer noch in sachliche Bahnen gelenkt werden können. Stand doch die Tagesordnung noch nicht endgültig fest, und eine Rücksichtnahme auf bestimmte Weisungen der amerikanischen Besatzungsmacht war jetzt noch nicht geboten. Daß hingegen den Vertretern der französischen Zone untersagt war, an der Konferenz teilzunehmen, sofern dort die Frage der Einheit Deutschlands behandelt werde, ist mehrfach belegt<sup>69</sup>. Sie hatten sogar die strikte Anweisung erhalten, sich an keiner politischen und staatsrechtlichen Diskussion zu beteiligen und bei Abweichungen die Konsequenzen zu ziehen<sup>70</sup>. Carlo Schmid hat auf diese Beschränkung hingewiesen<sup>71</sup>. Um so interessanter ist aber, daß gerade er mit seinem Beitrag zur Schaffung eines Besatzungsrechtes als einziger politische und staatsrechtliche Fragen dennoch angeschnitten hat. Auch hat Carlo Schmid unmittelbar nach der Konferenz vor Pressevertretern erklärt, daß er „mit keiner bestimmten Marschroute nach München gekommen“ sei und „die Entscheidung und Verantwortung dort zu bleiben, auf sich genommen“ habe<sup>72</sup>. Schmid gibt jedoch zu, daß die Vertreter seiner Zone sich dem Ostzonenantrag widersetzen mußten, um der Zustimmung der Franzosen zur Teilnahme an ähnlichen späteren Konferenzen sicher zu sein. Die französische Besatzungsmacht hat den Verlauf der Konferenz genauestens verfolgt und auf die Einhaltung der Bedingungen geachtet<sup>72a</sup>. Da

Ministerpräsident Boden aus Rheinland-Pfalz sprach sich gegen jegliches Entgegenkommen aus.

<sup>68</sup> Carlo Schmid berichtet, daß die Ostzonenlegation in München den Eindruck erweckte, als komme es ihr in erster Linie auf Prestigegewinn an. Besonders habe Paul selbst keinen guten Eindruck gemacht. Bei den Westdeutschen sei schon die Form seines Auftretens – Anreise im Maybach mit doppeltem Stander sowie in Begleitung von aufgeputzten Polizei-offizieren – auf Ablehnung gestoßen (C. Schmid auf Befragen des Verfassers).

<sup>69</sup> Paul, a. a. O., S. 25; Hoegner, a. a. O., S. 299; ebenso die folgende Äußerung Lüdemanns.

<sup>70</sup> Nach einer Äußerung Lüdemanns auf der Konferenz, *Tägliche Rundschau* v. 7. Juni 1947.

<sup>71</sup> Hoegner, a. a. O., S. 292.

<sup>72</sup> *Tägliche Rundschau* vom 10. Juni 1947: Auch Friedensburg meint, daß der französische Vorbehalt „mit der letzten Strenge weder ausgesprochen noch von den unsrigen beachtet worden zu sein“ scheint; Friedensburg, a. a. O., S. 164.

<sup>72a</sup> Nach dem Bericht von Carlo Schmid sei noch während der Konferenz ein französischer Beamter aus Paris erschienen, um ihn wegen seiner Erklärung über das Verhalten der französischen Besatzungsmacht in Württemberg-Hohenzollern zur Rechenschaft zu ziehen. (Schmid hatte am ersten Konferenztag in einem Kurzreferat über die Ernährungslage in der französischen Zone die Besatzungsmacht kritisiert, bes. wegen der Entnahme von Lebensmitteln; vgl. Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz, a. a. O., S. 52 ff.) Doch erklärte der

außerdem die Ministerpräsidenten der britischen Zone sich selbst eine Beschränkung auferlegt hatten, die sich weitgehend mit dem Frankfurter SPD-Beschluß deckte, mußte Ehard auf eine Mehrheit der westlichen Konferenzteilnehmer Rücksicht nehmen. Die Ostzonenvertreter wußten hiervon, denn die „Tägliche Rundschau“ hatte schon vor dem Konferenzbeginn berichtet, daß die Delegierten der britischen Zone beschlossen hätten, in München keine parteipolitischen Fragen zu erörtern<sup>73</sup>.

Die Ostzonendelegation übergab der Presse wenige Stunden nach Verlassen der Konferenz eine Erklärung, in der sie ihre Abreise damit begründete, daß ihr keine Gelegenheit gegeben worden sei, zu Fragen der deutschen Einheit Stellung zu nehmen. Der Vorgang stelle einen Versuch dar, vollendete Tatsachen in bezug auf eine bundesstaatliche Ordnung zu schaffen. Die Erklärung enthielt außerdem Vorwürfe wegen mangelhafter Entnazifizierung und Demokratisierung in den Westzonen<sup>74</sup>. Diese Manifestation erschien als vorbereitet. Daß sie, wenigstens was ihre agitatorischen Teile betrifft, tatsächlich mitgebracht worden war, hat nicht nur Paul später bestätigt, sondern wurde bereits auf der Berliner Pressekonferenz vom 10. Juni zugegeben<sup>75</sup>. Das erheblich kürzere, in der gleichen Nacht herausgegebene Kommuniqué der übrigen Konferenzteilnehmer hob hervor, „daß im Rahmen der Konferenz die Notwendigkeit der deutschen Einheit bei allen Punkten der Tagesordnung nachdrücklich betont werden müsse“. Es habe lediglich darüber Meinungsverschiedenheiten gegeben, „ob dies außerdem als gesonderter Punkt der Tagesordnung und in Form einer Aufforderung an die politischen Parteien geschehen solle“<sup>76</sup>.

Die westdeutsche Presse stellte allgemein den Vorgang als einen bewußten Versuch der ostdeutschen Ministerpräsidenten dar, die Konferenz zu sprengen. Dr. Paul wies diese Behauptung in der Ostzonenpresse als „ungeheuerliche Beschuldigung“ zurück<sup>77</sup>. Nach seiner Flucht hat er sie jedoch bestätigt. Pauls Darstellung ist zwar von starker Verbitterung über SED und Besatzungsmacht geprägt, im wesentlichen aber berichtet Gniffke das gleiche. Daß dem ganzen Vorgang ein gezielter

Beante nach einem längeren Gespräch mit Schmid, daß er sich als Franzose nicht anders verhalten hätte, und reiste ab (Mitteilung Carlo Schmid an den Verf.).

<sup>73</sup> Tägliche Rundschau vom 5. Juni 1947.

<sup>74</sup> Die Deutsche Ministerpräsidentenkonferenz S. 24.

<sup>75</sup> Neue Zeit vom 11. Juni 1946. Nach einem Artikel von Hartmut Bayer, „Alle deutschen Ministerpräsidenten in München“, in der Schwäbischen Landeszeitung vom 13. Juni 1957 hat Paul selbst die Erklärung zum Teil aus dem Gedächtnis diktiert, zum Teil habe er sie auf einem „fettigen Manuskript“ dabei gehabt. Nach Deuerlein, a. a. O., S. 269 mit Anm. 459, soll Paul diesen Artikel selbst unter dem Pseudonym Bayer verfaßt haben. Es erscheint jedoch wenig glaubhaft, daß Paul sich in diesem Artikel selbst als Mitbringer der vorbereiteten Erklärung belasten sollte. In seiner umfangreicheren Darstellung in der Ausgabe der Schwäbischen Landeszeitung vom 16. November 1957 ist diese Behauptung nicht zu lesen. Interessant ist, daß jener Artikel von Bayer, den Deuerlein Paul zuschreibt, zum größten Teil wörtlich bereits als Korrespondentenbericht in Neues Deutschland vom 8. 6. 1947 zu finden ist. Dort fehlt allerdings die Passage vom fettigen Manuskript.

<sup>76</sup> Die Deutsche Ministerpräsidentenkonferenz, a. a. O., S. 25.

<sup>77</sup> Tägliche Rundschau vom 8. Juni 1947.

Plan zugrunde lag, kann kaum bezweifelt werden<sup>78</sup>. Es bleibt jedoch die Frage, ob die westdeutschen Vertreter durch größeres Verhandlungsgeschick die östliche Taktik nicht hätten zerschlagen und als vorsätzliche Demonstration entlarven können. So unerwartet, wie das Westkommuniqué behauptet, kann der Antrag der östlichen Seite nicht gekommen sein. Hatte doch die SED-Presse schon rechtzeitig eine Konferenz ohne Hinzuziehung der Parteien als sinnlos bezeichnet<sup>79</sup>. Verständlich ist, daß der Antrag, so wie er gestellt war, nicht akzeptiert werden konnte. Daß jedoch den Ostdeutschen auch nach den Kompromißbemühungen Pauls sowohl das Wort als auch die Abgabe einer schriftlichen Erklärung verweigert wurde, konnte ihre Abreise nur rechtfertigen.

Nach der Konferenz wurde die Behauptung verbreitet, Pieck und Ulbricht hätten von Bad Tölz aus die Aktion gelenkt. Auch die 1965 neu aufgelegte Veröffentlichung der bayerischen Staatskanzlei von 1947 weist auf Piecks verdächtigen gleichzeitigen Kuraufenthalt in Bad Tölz hin<sup>80</sup>. Gniffke bezeichnet das als ein „Märchen“<sup>81</sup>. Es handelte sich in der Tat um ein Gerücht, was Pieck und was Bad Tölz anbelangte. Wenn jedoch Gniffke betont, daß Ulbricht und Friedrich Ebert erst nach der Konferenz beschlossen hätten, nach München zu reisen, um den Standpunkt der SED in einer Pressekonferenz darzulegen<sup>82</sup>, so steht dem die Meldung der „Neuen Zeit“ entgegen, wonach bereits am 5. Juni, also am Vorabend der Konferenz, in München bekannt geworden war, Ebert und Ulbricht würden nach München kommen<sup>83</sup>. Die beiden veranstalteten dann auch am 9. Juni im Münchener Rathaus eine Pressekonferenz, die sie zur Agitation benutzten.

Die Konferenz, die somit nur für wenige Stunden gesamtdeutschen Charakter gehabt hatte, nahm am 6. und 7. Juni ihren Fortgang. Während am ersten Konferenztag vorwiegend wirtschaftliche Fragen behandelt wurden, stand das Flüch-

<sup>78</sup> Friedensburg glaubt, daß der Berliner Bürgermeister Dr. Acker (SED), der neben Louise Schröder und Friedensburg an der Konferenz teilnahm, von den bevorstehenden Schwierigkeiten gewußt hat und sich für diesen Zweck bereithielt. Acker hat an der internen Besprechung der Ostzonelegation vor ihrem Verlassen der Konferenz teilgenommen. Friedensburg, a. a. O., S. 166 f. – Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch der Eindruck, den Louise Schröder in einem Interview mit der Neuen Zeitung noch während der Konferenz wiedergab. Danach erschien ihr der Auszug der Ost-Ministerpräsidenten unverständlich, nachdem man ihnen während der Besprechung zu verstehen gegeben habe, „daß durchaus die Möglichkeit bestehe, das Thema der Einheit Deutschlands zu diskutieren. Allerdings solle man dieses hochpolitische Thema nicht an den Anfang der Konferenz stellen, sondern es am Schluß behandeln“. Auch verstehe sie nicht, „warum die Vertreter der Ostzone nicht versucht hätten, schon bei den Vorbesprechungen Einfluß auf die Gestaltung der Tagesordnung zu nehmen“. Als besonders unverständlich bezeichnet es Louise Schröder, „daß ausgerechnet Steinhoff, Brandenburg, den Abbruch der Besprechungen bekanntgegeben habe, nachdem er als letzter Delegierter in München eingetroffen sei und an den Besprechungen überhaupt nicht teilgenommen habe“; Neue Zeitung vom 7. Juni 1947.

<sup>79</sup> Neues Deutschland vom 31. Mai 1947.

<sup>80</sup> Die Deutsche Ministerpräsidentenkonferenz, a. a. O., S. 11 (Vorwort von Hermann Präbst). Diese Behauptung enthält die Originalausgabe von 1947 nicht.

<sup>81</sup> Gniffke, a. a. O., S. 243. <sup>82</sup> Ebenda.

<sup>83</sup> Neue Zeit vom 6. Juni 1947.

lingsproblem und die Schaffung eines Besatzungsrechtes im Mittelpunkt des zweiten Tages. Mit dem entsprechenden Referat Carlo Schmid's wurde eine ausgesprochen politische Thematik angeschnitten, die noch dazu die Besatzungsmächte selbst berührte. Denn damit wurde die Diskussion um das zwei Jahre später verabschiedete Besatzungsstatut eröffnet.

Die Schlußansprache Ehards enthielt ein demonstratives Bekenntnis der Konferenz zur wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands. Demnach kann kein ausgesprochenes Verbot bestanden haben, dieses Thema zu behandeln. Auch waren mehrere Entschlüsse der Konferenz politischer Art, z. B. jene über die Zusammengehörigkeit aller Teile Deutschlands, zur politischen Befreiung und zur Regelung des Besatzungsrechtes. Die anfängliche Ablehnung politischer Gespräche, insbesondere der Frage der Einheit Deutschlands, erscheint somit als Mittel einer bestimmten Gruppe zur Vertreibung der Ostzonenvertreter, die sich freilich mit ihrer Taktik zugleich selbst ausschalteten. Sie bemühten sich dann im Sommer 1947 vergeblich, vor dem Kontrollrat ihre in der Münchener Presseerklärung enthaltenen Vorschläge begründen zu dürfen<sup>84</sup>. Die im November 1947 von Friedensburg organisierte Konferenz prominenter Vertreter des geistigen und politischen Lebens<sup>85</sup> wiederum hatte zwar gesamtdeutschen Charakter, besaß jedoch eine zu schmale Basis, um politische Durchschlagskraft zu haben. Auch wurde sie von der Volkskongreßbewegung in der Ostzone übertönt.

Für Westdeutschland trug die Münchener Konferenz zur Schaffung einer Atmosphäre bei, aus der jene zunehmende Zusammenarbeit der Länder erwachsen konnte, die die Gründung der Bundesrepublik ermöglichte. Es war das gleiche Gremium westdeutscher Ministerpräsidenten, das im nächsten Jahr in der Ausführung des Auftrages der westlichen Besatzungsmächte zur Vorbereitung der Gründung eines Staatsgebildes deutsche Interessen vertreten sollte.

Nach der Münchener Konferenz, an deren Vorabend die ostdeutschen und westdeutschen Länderchefs grußlos auseinandergingen, nahm der Prozeß der innerdeutschen Spaltung in zunehmendem Maße offene Formen an. Bis zum Jahresende waren die wichtigsten Weichen gestellt. Ob die Ministerpräsidenten, wenn es in München zu einer mindestens graduellen Verständigung gekommen wäre, diesen Prozeß hätten verhindern können, ist eine offene Frage. Unmittelbar nach der Konferenz drang die Kunde von der Harvard-Rede des amerikanischen Außenministers George C. Marshall nach Deutschland. Der Marshallplan eröffnete neue Perspektiven. Da jedoch dem unter dem Einfluß der Sowjetunion stehenden Teil Europas eine Teilnahme an jenem Aufbauprogramm nicht möglich wurde, mußte eine europäische Wirtschaftsgrenze Deutschland auseinanderreißen. Neue Herrschaftsgruppen entstanden auf beiden Seiten, deren Positionen durch die Spaltung und durch die Atmosphäre des Kalten Krieges besondere Stabilität erhielten.

Es sollte 23 Jahre dauern, bis die Spitzen der beiden deutschen Staaten das politische Gespräch erneut begannen, doch nun unter gänzlich anderen Aspekten.

<sup>84</sup> AdG 16/17 (1946/47), S. 1123 und 1159.

<sup>85</sup> Dazu Friedensburg, a. a. O., S. 176 ff., Zusammensetzung d. Konferenz S. 186 u. 189.